

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 20. Oktober 2016

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Bernnat, Böhringer, Cyperrek, Denzer, Glattacker, Herzog, Höfler, Jaenisch, Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Werntaler, Wiesiollek
Entschuldigt:	Bachmann-Ade, Berg, Claassen, Di Prima, Escher, Heuer
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić Fachbereichsleiterin Staub-Abt Fachbereichsleiter Bühler (bis 20.30 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Sproß Fachbereichsleiter Welz (bis 21.00 Uhr) Betriebsleiter Droll Betriebsleiter Schäfer (bis 21.00 Uhr) Geschäftsführer Muffler Geschäftsführer Nostadt Stellv. Fachbereichsleiter Hain (bis 21.00 Uhr) Frau Trefzer (bis 20.15 Uhr) Herr Dieterle (bis 21.00 Uhr) Herr Lüers (bis 20.15 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Roßkopf und Stadtrat Oehler
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	21.40 Uhr

TOP 1

Vorstellung des Ergebnisberichts zur Wertschöpfungsanalyse des Burghofs durch Dr. Roland Scherer, Universität St. Gallen, mdl. Bericht;

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse.

Im Folgenden stellt Herr Dr. Roland Scherer von der Universität St. Gallen die Ergebnisse der Wertschöpfungsanalyse hinsichtlich des Burghof vor (Anlage 1).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht. Den Burghof müsse man aus der Perspektive der Wirtschaftsförderung und des Standortmarketings betrachten. Man müsse die Frage stellen, wo man sich diesbezüglich weiterentwickeln könne. Mit über 200 Veranstaltungen im Jahr sei der Burghof ein wichtiger Standortfaktor. Die Bedeutung von tangiblen und intangiblen Effekten sei klar und deutlich geworden. Die Wertschöpfung des Burghofs von rund vier Millionen Euro werde als durchaus positiv bewertet.

Stadtrat Lusche wolle wissen, warum man sich für die vorliegende Raumabgrenzung entschieden hat und in wie weit man sich über eine überörtliche Finanzierung des Burghofs Gedanken gemacht habe, da der Studie nach die ganze Region von dem Angebot der Einrichtung profitiere. Das Fazit falle insgesamt nicht nur positiv aus. Man müsse sich auch überlegen, wie man dem Defizit entgegenwirken könne.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass man hinsichtlich des Burghofs mit Legendenbildungen aufhören müsse. Die Einrichtung habe vor allem lokale und regionale Bedeutung. Die Wertschöpfung verbleibe in der Stadt. Auch städtebaulich sei der Burghof eine wichtige Errungenschaft. Es sei nun wichtig, dass sich der Burghof mit den Hotels und der Gastronomie in der Stadt eng verzahne. Der Burghof habe eine wichtige Bedeutung für Lörrach und das werde auch in Zukunft so bleiben.

Stadtrat Werthaler gibt an, dass man nicht immer alles in Geld ausdrücken könne. Über die Zahlen sei er streckenweise überrascht. Er freue sich, dass so viele Burghofbesucher aus Lörrach selbst kommen. Er wolle indes wissen, warum der messbare Betrag der regionalen Wertschöpfung begrenzt sei.

Stadtrat Lindemer bedankt sich für den Vortrag. Er wolle wissen, welche Zuschüsse der Burghof erhalte. Der Burghof sei von kultureller, aber auch von ökonomischer Bedeutung für die Stadt. Er sei der Meinung, dass der Burghof auch für die städtischen Vereine eine bezahlbare Lokalität für die Durchführung von Veranstaltungen darstellen müsse.

Herr Dr. Scherer erklärt, dass man sich bewusst für die dargelegte Raumabgrenzung entschieden habe, da es in der Region starke Verflechtungen gebe. Mit den Kammern und dem Regionalverband habe man die wichtigsten Perimeter im Vorfeld der Studie abgestimmt. Dadurch habe sich diese, kleinstmöglich sinnvollste, Raumabgrenzung ergeben. Man erreiche dadurch auch eine Abgrenzung des entsprechenden Funktionsraumes. Es

sei unterdessen richtig, dass der Burghof einen Beitrag zur Stadtentwicklung geleistet habe, da in der Zeit nach dem Bau Folgeinvestitionen getätigt worden seien. Diese seien in der Folge zwar abgeflacht, allerdings könne man mit dem Hotelneubau nun wieder Anknüpfungspunkte finden. Der Burghof sei an sich nur für bestimmte Tagungen geeignet. Ein weiteres Hotel könne daher für die Stadt sehr sinnvoll sein. Der Burghof besitze gerade im südbadischen Raum eine sehr gute Medienwirkung. Dies sei für Lörrach sehr positiv zu bewerten. Die Rolle der Vereine sei ein heikles Thema, welches man aber diskutieren könne. Für die Vereine sei nicht etwa die zu hohe Miete das Problem, sondern die fehlende Möglichkeit, die eigenen Veranstaltungen selbst zu bewirten. Man dürfe die Zahlen aber auch nicht isoliert betrachten, sondern müsse diese in Relation zu anderen Zahlen setzen. Eine Wertschöpfung von vier Millionen Euro sei ordentlich. Die Kennzahl habe eine Bedeutung für Lörrach, sei aber im Vergleich überschaubar.

Der Vorsitzende betont, dass es noch Potential zur Steigerung gebe. Hieran wolle man weiter arbeiten, auch im Aufsichtsrat des Burghofs.

TOP 2

Agglomerationsprogramm Basel 3. Generation

Vorlage: 180/2016

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik der Vorlage ein.

Herr Dr. Leyboldt von der Geschäftsstelle des Agglomerationsprogramms Basel stellt sodann die Planungen hinsichtlich der verschiedenen, in der Vorlage genannten Vorhaben anhand einer Präsentation dar (Anlage 2).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und betont die Reichweite der Vorhaben von kleinen Maßnahmen bis hin zu großen Projekten, welchen er positiv entgegenreise.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, inwiefern europaskeptische Tendenzen in der Schweiz der Umsetzung der einzelnen grenzüberschreitenden Vorhaben entgegenstehen. Zudem interessiere ihn, warum keine Vorberatung der Vorlage stattgefunden habe. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Cyperek gibt an, dass sie sich über die Zustimmung der Fraktion der CDU und über die Fördermittel aus der Schweiz freue. Die Fraktion der SPD wolle alle fünf dargestellten Projekte mittragen. Es sei wichtig, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken, um Alternativen zum Autoverkehr zu schaffen und um die Umwelt weniger zu belasten. Sie wolle wissen, wer die Kosten für das regionale Raumentwicklungskonzept trage und warum bei einigen der Prioritäten der Bearbeitungsstatus als „gesperrt“ vermerkt sei.

Stadtrat Wernthaler begrüßt das dargestellte Programm. Es gebe allerdings Differenzen bei den unterschiedlichen Projekten. Er fragt, ob mit der Umsetzung der Projekte zugewartet werde, bis das Agglomerationsprogramm voll ausgereift ist. Man sei als Stadt auch gefordert. Es sei fraglich, ob man mit den Planungen früher hätte beginnen müssen.

Stadtrat Lindemer hält grenzüberschreitende Projekte für wichtig. Jedoch müsse jedes Projekt vor der Umsetzung nochmals neu bewertet und in den Gremien abgestimmt werden. Er sei darüber verwundert, dass der Radweg rechts der Wiese nun wieder aufgegriffen worden sei.

Stadtrat Lusche bedankt sich für den Vortrag. Die Interpretation von Stadträtin Cyperrek hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens der CDU halte er für bemerkenswert. Der heutige Beschluss stehe unter dem Stern der morgen endenden Fristsetzung. Im Weiteren solle jedes der Projekte erneut in den Gremien abgestimmt werden.

Der Vorsitzende stimmt dem zu. Dies werde auch in Ziffer 2 des Beschlussvorschlags so konkretisiert. Auf die Vorberatung habe man aufgrund von Terminkollisionen verzichtet. Man fasse im Rahmen dieser Beschlussvorlage keine verbindlichen Entscheidungen hinsichtlich der einzelnen Projekte. Es gehe nun lediglich um die Aufnahme der Projekte in das Agglomerationsprogramm.

Herr Dr. Leybold führt hinsichtlich der Frage nach möglichen europaskeptischen Stimmungen in der Schweiz aus, dass der Schweizer Städtetag das Agglomerationsprogramm als sehr wichtig bewertet. Der Nationalrat als auch der Ständerat werden einen Beschluss über den nationalen Straßen- und Agglomerationsfonds fassen, welcher dann in einer Volksabstimmung im April 2017 bestätigt wird. Sodann könnte alle vier Jahre eine Summe von einer Milliarde Schweizer Franken investiert werden. Die Stimmung diesbezüglich sei insgesamt gut. Wer die Kosten für das regionale Raumentwicklungskonzept trage, könne er nicht sagen. Dem Agglomerationsprogramm stünden aber Mittel für die Entwicklung der einzelnen Korridore zur Verfügung. Die Anlage der Beschlussvorlage (Projektliste) sei nicht auf dem aktuellsten Stand. Deshalb sei hier der Bearbeitungsstatus teilweise noch als „gesperrt“ vermerkt.

Bürgermeister Dr. Wilke wolle auf konkrete Fragen zu den einzelnen Projekten eingehen. Hinsichtlich des Radwegs rechts der Wiese habe es den Antrag gegeben, weitere Planungen zu beenden. Dieser Antrag habe allerdings keine Mehrheit gefunden. Die Verwaltung sei daraufhin beauftragt worden mit den Grundstückseigentümern nochmals zu verhandeln und Wege möglicher Kofinanzierungen zu finden. Dieser Prozess werde nach wie vor von der Verwaltung bestritten, man warte jedoch, bis das Agglomerationsprogramm beschlossen ist. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Haushaltsplanberatungen. Das Raumentwicklungskonzept werde gemeinsam finanziert, unter anderem durch den Landkreis Lörrach, durch die Stadt Lörrach und durch die Gemeinde Riehen. Hinsichtlich der Bearbeitung weiterer Fragen erwarte man weitere Gelder des Landkreises.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, um 50 Prozent Förderung durch das Agglomerationsprogramm zu erhalten.

Herr Dr. Leybold führt aus, dass dazu ein gutes Programm und eine gesicherte Finanzierung notwendig seien. Die Region sei zwar insgesamt nicht unproblematisch, jedoch hätten die bisher mit der Planung beauftragten eine gute Arbeit geleistet. Bei den Projekten komme es vor allem auf eine gute Kompatibilität mit der Siedlungsentwicklung an.

Stadtrat Oehler hält die Vorlage für gut, er vermisse jedoch Bezüge zur Standortsuche und Berücksichtigung des zukünftigen Zentralklinikums des Landkreises.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic erklärt, dass übergeordnete Vorhaben nachträglich platziert werden könnten. Es gehe in diesem Fall zwar eher um eine geregelte Verkehrsinfrastruktur, jedoch sei ein gewisser Austausch mit den Partnern bereits erfolgt. Sie verweist im Folgenden auf die vierte Generation des Agglomerationsprogrammes.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Planungen zum Agglomerationsprogramm 3. Generation der Geschäftsstelle Agglo Basel, Dr. Leypoldt, zur Kenntnis und unterstützt das weitere Vorgehen.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die in den Förderantrag des Aggloprogramms aufgenommenen Maßnahmen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und unter Berücksichtigung der Haushaltslage weiter zu entwickeln und zu planen und bei entsprechendem Projektstand dem Gemeinderat wieder vorzulegen.

TOP 6

Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach, Jahresabschluss 2015 Vorlage: 136/2016

Der Vorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6 vorzuziehen und diesen vor Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln.

Die Mitglieder des Gemeinderats sind hiermit einverstanden.

Der Vorsitzende führt sodann kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Geschäftsführer Muffler führt aus, dass die im Rahmen von Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Sitzung besprochene regionale Abgrenzung des Burghofs eine Konsequenz daraus sei, dass auch das Publikum aus eben diesen Bereichen der Region stammt. Die Zahlen des Wirtschaftsjahres 2015 seien stimmig und im Vergleich zum Vorjahr solide. Er empfehle den Aufsichtsgremien, die Einnahmen im Vermietungsbereich angemessen zu steigern. Außerdem müsse die Kooperation mit dem neuen Hotel unbedingt vorangetrieben werden. Die Beteiligung von Lörracher Vereinen sehe er indes kritisch. Der Burghof sei gerade für kleine Vereine nicht das richtige Haus. Dafür sei der Burghof eine wichtige Anlaufstelle für regionale Projekte wie beispielsweise das „Freie Theater Tempus fugit“. Dies dürfe nicht außer Acht gelassen werden.

Stadträtin Roßkopf gibt an, dass der Burghof mit einem Defizit in Höhe von rund 22.000,00 Euro einen deutlich geringeren Fehlbetrag als im Jahr 2014 aufweise. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Bernnat schließt sich seiner Vorrednerin an.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach (Burghof Lörrach GmbH) der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015, dem Vortrag des Jahresfehlbetrages von 22.777,28 Euro auf neue Rechnung und der Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung zuzustimmen.

TOP 3

Städtebauliche Entwicklung auf dem MMZ-Areal

Vorlage: 153/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic konkretisiert anhand einer Präsentation den Inhalt der Beschlussvorlage zur städtebaulichen Weiterentwicklung des MMZ-Areals (Anlage 3).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag. Er stellt fest, dass der Rahmen für die weitere Planung nun gefasst sei.

Stadtrat Kiefer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Er hoffe, dass es bei der Wohnbebauung zu einer ausgewogenen sozialen Durchmischung komme. Zudem hoffe er, dass auch das bisherige Parkplatzangebot weiterhin in entsprechendem Maße vorgehalten werden könne. Dies bezweifle er bisher noch. Er fragt, ob eventuell eine Tiefgarage errichtet werden könne. Hier bedürfe es eines attraktiven Angebotes.

Stadtrat Schlecht führt an, dass sich die vorliegende Thematik erfreulich entwickelt habe. Man spreche von einem rund 14.000 m² großen, städtischen Grundstück. Er wolle deutlich die positive Entwicklung hervorheben und nicht nur über Parkplätze sprechen. Die Fläche sei auch für eine reine Wohnbebauung geeignet gewesen. Er hoffe, dass das Wohnen in den Neubauten bezahlbar bleibt und diese so einen Gegenpol zum Wohnen auf dem Postareal oder dem „Weitblick“ darstellen. Hinsichtlich der Verwaltungsnutzung durch den Landkreis hoffe er auf gute Verkaufserlöse. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadträtin Kurfeß stellt klar, dass die Frktion der Grünen schon seit langem eine Wohnbebauung des MMZ-Areals gefordert habe. Eine Wohnbebauung auf dem gesamten Gelände wäre erstrebenswert gewesen. Nun könne auf dem Areal eine mehrgeschossige Wohnbebauung mit einer hohen Dichte erreicht werden. Der Landkreis sei als großer Arbeitgeber wichtig für die Stadt Lörrach. Die städtische Wohnbaugesellschaft und der Landkreis müssten nun in einen gemeinsamen Wettbewerb eintreten. Sie freue sich auf die neue Wohnbebauung und wünscht viel Erfolg.

Stadtrat Pichlhöfer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler. Er betont die Aufwertung des Areals durch die zeitgemäße Bebauung mit Wohneinheiten und Verwaltungsgebäuden.

Stadtrat Werthaler wolle wissen, welches moderne Mobilitätskonzept sich die Stadt in Bezug auf die Neubebauung auf dem MMZ-Areal vorstelle. Eine soziale Durchmischung der Wohneinheiten halte er für illusorisch. Er gehe davon aus, dass die Mieten in den Neubauten sehr hoch ausfallen werden. Es gebe in Lörrach nach wie vor zu wenig Wohnraum.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, ob die ersten planerischen Entwürfe von der Stadt oder von den Mitgliedern des Gestaltungsbeirates stammen.

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass sie hinsichtlich der Zahl von Parkplätzen keine Bedenken habe. Ihre Auffassung werde auch durch das Märkte- und Zentrenkonzept gestützt. Sie könne sich allerdings den Bau einer Quartiersgarage vorstellen.

Stadtrat Denzer wolle wissen, ob im Rahmen des Wettbewerbs ein Pflichtenheft erstellt werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass die verkehrliche Ausgangsposition des Areals aufgrund der Nähe zum Bahnhof gut sei. Man werde sicherlich keine Zahl von 1,5 Stellplätzen vorsehen müssen. Die Problematiken seien indes bekannt. Wichtiger seien nun jedoch Aspekte des Wohnungsmarktes und des Wohnungspreises. Preisbildend sei der Kaufpreis der Grundstücke. Der Kaufpreis müsse sorgfältig abgestimmt werden.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass er sich unter einer zeitgemäßen Nutzung des Areals eine Bebauung mit Wohneinheiten vorstelle, nicht aber einen Parkplatz. Der Bereich des Areals des Autoreisezuges werde nicht komplett benötigt und könne daher erhalten werden. Man werde keinen gleichwertigen Ersatz für die bisherigen Parkplätze finden, jedoch werde der geplante, künftige Tiefgaragenverbund deutlich längere Öffnungszeiten vorgehalten.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic erklärt, dass der Wettbewerb in einem offenen Verfahren ablaufen werde. Hierbei würden international tätige Büros befasst werden. Diese Leistungen werde man zur Bewerbung ausschreiben. Der Gestaltungsbeirat werde hierbei und bei der Erstellung des Pflichtenheftes einbezogen. Das Projekt stehe unter einem guten Stern.

Der Vorsitzende gibt an, dass bei der Wohnbebauung die städtische Wohnbaugesellschaft im Besitz der Immobilien bleiben müsse.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Das MMZ-Areal soll als gemischte Fläche mit den Nutzungen „Wohnen“ und „Verwaltung“ realisiert werden.
2. Die Wohnnutzung soll durch die Städtische Wohnbau Lörrach realisiert werden, um Wohnraum zu schaffen, der langfristig kostenstabil bleibt.
3. Die Verwaltungsnutzung soll durch den Landkreis Lörrach für die notwendige Landratsamtserweiterung realisiert werden. Hierbei ist auf einen effizienten Umgang mit den knappen Flächen zu achten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Veräußerung der Flächen zu klären und gemeinsam mit dem Landratsamt Lörrach und der Wohnbau Lörrach einen EU-weiten Planungswettbewerb für die städtebauliche Entwicklung und bauliche Ausgestaltung des MMZ-Areals vorzubereiten.

TOP 4

Standortsuche Zentralklinikum

Vorlage: 163/2016

Der Vorsitzende führt in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass der Kreis nun intensiv in die Suche nach einem künftigen Standort für das Kreisklinikum einsteige. Das neue Kreiskrankenhaus müsse in Lörrach errichtet werden. Ein solches Krankenhaus befände sich im Nahbereich der meisten Einwohner des Landkreises. Lörrach liege zudem im Landkreis sehr zentral.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic erläutert anhand einer Präsentation die in Frage kommenden Standorte für den Neubau des Kreiskrankenhauses in Lörrach (Anlage 4).

Der Vorsitzende gibt an, dass man viele verschiedene Standorte hinsichtlich unterschiedlicher Aspekte geprüft und bewertet habe. Es gebe keinen einhundertprozentigen und einwandfreien Standort.

Stadtrat Lusche tut kund, dass vorliegend eine richtungsweisende Entscheidung zu treffen sei. Die Fraktion der CDU sei der Meinung, dass die Stadt Lörrach mit einer klaren „Nummer Eins“ in den Wettbewerb gehen und sich klar positionieren müsse. Für Lörrach sei nicht nur der Einzelhandel wichtig, sondern auch die Wirtschaft. Hierbei seien Trans-

parenz und eine klare Position sehr bedeutend. Eine zentrale Einrichtung wie das Kreiskrankenhaus müsse in Lörrach bleiben. Es gehe hierbei auch um Aspekte der Wertschöpfung. Man plane allerdings kein Reihenhauses, sondern ein großes Kreisklinikum. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen. Es werde bei jedem möglichen Standort zu einem hohen Verkehrsaufkommen kommen. Den Standort Neumatt-Brunnwasser sehe die Fraktion allerdings kritisch. Das Kreiskrankenhaus dürfe nicht um jeden Preis in Lörrach gehalten werden.

Stadtrat Schlecht sagt, dass eine wichtige Grundsatzentscheidung bevorstehe. Es gehe um die medizinische Grundversorgung vor Ort in Lörrach. Das Kreiskrankenhaus stelle eine wichtige Infrastruktureinheit dar. Auch seien wichtige Investitionen mit dem Neubau des Klinikums verbunden. Lörrach sei ohne das Kreiskrankenhaus nicht vorstellbar. Der Gemeinderat müsse für einen Standort Farbe bekennen. Es gebe auch noch viele offene Fragen, gerade im Hinblick auf den Umwelt- und Naturschutz, auf Ausgleichsmaßnahmen und auf die Beteiligung von Bürgern. Den Standort Neumatt-Brunnwasser halte die Fraktion der SPD aus städtebaulichen Gründen sowie aus Gründen des Naturschutzes und des Verkehrs für ungeeignet. Ansonsten wolle die Fraktion der SPD der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Kurfeß führt aus, dass im Kreis eine historische Entscheidung bevorstehe. Der Kreis habe noch nie eine derart große Summe investiert. Die Finanzierung werde auf die Kommunen zurückfallen. Die Erhaltung des Kreisklinikums sei anzustreben, man werde jedoch nicht alleine in den Ring steigen. Im Vordergrund stehe die zentrale Erreichbarkeit des möglichen Baugrundstücks. Man sei hierbei mit einem gewissen Risiko ins Rennen gegangen. Das Zentralklinikum stelle eine wichtige Einrichtung der Daseinsvorsorge in Lörrach dar. Man dürfe Umweltaspekte nicht außer Acht lassen. Leider werde man nach diesem Beschluss noch keine Gewissheit über den tatsächlichen Bau haben.

Stadtrat Pichlhöfer moniert, dass die Stadt hinsichtlich der Erhaltung des Kreiskrankenhauses in Lörrach nie richtige Bereitschaft oder Interesse signalisiert habe.

Der Vorsitzende sagt, dass er die Aussage von Stadtrat Pichlhöfer nicht nachvollziehen könne. Die Stadt sei nun aber gut aufgestellt. Man wolle das Klinikum im Entenbad und dies bei allen dort verbundenen Nachteilen. Die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags könne modifiziert werden, die Fläche könne aber auch deutlich ins Spiel gebracht werden, auch wenn hierbei Bedenken bestehen.

Stadtrat Lusche hält den Standort Neumatt-Brunnwasser für ungeeignet. Der Standort könne auch unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlags aufgeführt werden. Er solle nicht kategorisch ausgeschlossen werden.

Stadtrat Oehler sagt, dass aufgrund der wirtschaftlichen Situation bei dem Unternehmen Lauffenmühle dieser Standort auch wieder ins Gespräch gebracht werden könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Standort Lauffenmühle nicht weiter geprüft werde.

Stadtrat Lusche bittet darum, nicht in einer solchen Art und Weise über ortsansässige Unternehmen zu sprechen.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

1. Ziel der Stadt Lörrach ist, dass das neue Zentralklinikum für den Landkreis Lörrach im Stadtgebiet Lörrach entsteht.
2. Nach erster Einschätzung kommen insbesondere die beiden Standorte „Entenbad-Nord“ und „Entenbad-Ost“ für ein neues Zentralklinikum in Frage und werden dem Landkreis für seine Entscheidung im Frühjahr 2017 als Potentialstandorte vorrangig vorgeschlagen. Sollten sich diese beiden Flächen wider Erwarten nicht eignen, so käme auch die Fläche „Neumatt-Brunnwasser“ in Frage.
3. Die weiteren geprüften Standorte „Hugenmatt und Bogenschützen“, „Lauffenmühle“ und „Riederfeld“ werden nicht weiterverfolgt.
4. Die Erschließungsarbeiten im Gewerbegebiet „Entenbad-Ost“ ruhen bis zum Frühjahr 2017.

TOP 5

Städtische Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH / Lörracher Stadtbau-GmbH,

Jahresabschlüsse 2015

Vorlage: 133/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Geschäftsführer Nostadt erläutert sodann den Geschäftsbericht.

Stadträtin Höfler bedankt sich für den Vortrag und erklärt, dass die Situation des Wohnungsmarktes in Lörrach dringend verbessert werden müsse. Sie sei stolz auf die städtische Wohnbaugesellschaft und auf deren gute Arbeit in den Wohnquartieren. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Schlecht stellt heraus, dass das Thema sozialer Wohnbau in Lörrach nach wie vor ganz oben auf der Tagesordnung stehen müsse. Der Wohnungsmarkt laufe in Lörrach aus dem Ruder. Die städtische Wohnbaugesellschaft bringe Stabilität in die Wohngebiete. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Kurfeß betont, dass die städtische Wohnbaugesellschaft viele wichtige Entwicklungen in der Stadt vorangetrieben habe. Die Wohnungsnot sei in Lörrach sehr groß. Die Stadt müsse hier dringend handeln. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Denzer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler. Die Wohnungsnot in Lörrach müsse jetzt gelindert werden.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Städtischen Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH, der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015, der Zuführung des Bilanzgewinnes in Höhe von 887.616,48 Euro zu den freien Rücklagen und der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Der Gemeinderat nimmt den Jahresabschluss 2015 der Lörracher Stadtbau-GmbH zur Kenntnis.

TOP 7

Innocel Innovations-Center Lörrach GmbH (jetzt: WFL Wirtschaftsförderung Lörrach GmbH)

Jahresabschluss 2015

Vorlage: 139/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Innocel Innovations-Center Lörrach GmbH (jetzt: WFL Wirtschaftsförderung Lörrach GmbH) der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015, der Einstellung des Jahresüberschusses in Höhe von 21.742,50 Euro in den Bilanzgewinn, dem Vortrag auf neue Rechnung und der Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung zuzustimmen.

TOP 8

Ausbau der Schulsozialarbeit - Neueinrichtung einer Stelle an der Hellbergschule Brombach

Vorlage: 126/2016

Bürgermeister Dr. Wilke führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung einer Stelle (1,0) für Schulsozialarbeit an der Hellbergschule zu. Die Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt der Co-Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg und durch den Landkreis Lörrach.
2. Die Trägerschaft für die Stelle richtet sich nach dem bereits im Ortsteil in der Jugendarbeit und bei Kooperationsprojekten mit der Hellbergschule aktiven Träger und wird somit der Dieter Kaltenbach-Stiftung übergeben.
3. Die Mittel in Höhe von 21.275,- Euro werden im Haushalt 2017 bereitgestellt und vom Gemeinderat genehmigt.

TOP 9

Gutachten als Grundlage zur Fortschreibung des Märkte- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Lörrach – vor dem Hintergrund der digitalen Entwicklung – Beschluss des Endberichts

Vorlage: 120/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Bericht über die Offenlage und die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.
2. Das Märkte- und Zentrenkonzept wird im Sinne des § 1 (6) Nr. 11 BauGB als sonstiges städtebauliches Entwicklungskonzept der Stadt Lörrach beschlossen.

3. Die Ergebnisse der Fortschreibung des Märkte- und Zentrenkonzeptes, insbesondere der Zielekatalog, die aktualisierte Lörracher Sortimentsliste sowie die angepassten Abgrenzungen der zentralen Versorgungsbereiche und der Nahversorgungsbereiche sind in der Bauleitplanung umzusetzen.

Stadtrat Lusche stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf gemeinsame Beratung der beiden Tagesordnungspunkte 10 und 11.

Der Gemeinderat kann dem vorgeschlagenen Vorgehen folgen.

TOP 10

Raumordnungsverfahren für ein Dienstleistungs- und Einzelhandelszentrum in Weil am Rhein (Dreiländergalerie)

Stellungnahme der Stadt Lörrach

Vorlage: 167/2016

sowie

TOP 11

Bebauungsplan "Innenstadt West" der Stadt Weil am Rhein

Stellungnahme der Stadt Lörrach im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem § 4 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 168/2016

Stadtrat Lusche stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf gemeinsame Beratung der beiden Tagesordnungspunkte 10 und 11.

Der Gemeinderat kann dem vorgeschlagenen Vorgehen folgen.

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Tagesordnungspunkte ein.

Zu TOP 10:

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Lörrach begrüßt die Bemühungen der Stadt Weil am Rhein ihre innerstädtische Handelsposition zu stärken, weil es damit das gemeinsame Oberzentrum und die Region insgesamt stärkt.
2. Das vorgelegte Gutachten des Büros „Standort und Kommune“ ist auf Grund methodischer Mängel und eines fehlenden „Risiko-Szenarios“ für die Region mit reduzierten Kaufkraftzuflüssen aus der Schweiz insgesamt nicht dazu geeignet, die möglichen negativen Wirkungen auf die Innenstadtentwicklung von Lörrach sachgerecht aufzuzeigen. Trotzdem wird erkennbar, dass das Kongruenzgebot (Umsatzanteil von außerhalb des Verflechtungsbereichs mindestens rd. 50%) verletzt wird. Das Beeinträchtigungsverbot für die Lörracher Innenstadt bzw. für die Stadt insgesamt ist selbst im Ergebnis des Gutachtens von „Standort und Kommune“ nicht in jedem Fall eindeutig eingehalten, da bei einer Vielzahl von Sortimenten mehr als 10% Umsatzumverteilung gegen den Einzelhandel auch in der Lörracher Innenstadt festgestellt wurden.
3. Die Stadt Lörrach kann auf Grund einer fehlenden Darstellung eines Falles mit einem deutlich reduzierten Anteil von Kaufkraftzuflüssen aus der Schweiz keine genaue Maßzahl für ein angemessenes Shopping-Center an der Hangkante benennen, erwartet jedoch eine deutliche Reduzierung der Gesamtgröße des Centers und eine Anpassung der kritischen Sortimente.
4. Die Stellungnahme von Pro Lörrach zum geplanten Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum Dreiländer-Galerie in der Stadt Weil am Rhein wird zur Kenntnis genommen und an das Regierungspräsidium Freiburg weitergeleitet.

Zu TOP 11 (gemeinsame Beratung mit TOP 10):

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Lörrach begrüßt die von der Stadt Weil am Rhein geplante planungsrechtliche Neuordnung durch den Bebauungsplan „Innenstadt West“.
2. Der in der Vorlage ausgeführten Stellungnahme der Stadt Lörrach zur frühzeitigen Behördenbeteiligung im Bebauungsplanverfahren der Stadt Weil am Rhein „Innenstadt West“ wird zugestimmt.

TOP 12

Fernwärmenetz Lörrach

Vorlage: 132/2016

Bürgermeister Dr. Wilke führt kurz in die Thematik der Vorlage ein und bittet die Mitglieder des Gemeinderats sodann um ihre Zustimmung.

Stadtrat Dr. Vogelpohl signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Das Thema Fernwärme solle in Lörrach weiter vorangebracht werden.

Stadtrat Oehler hält die vorliegende Thematik vor dem Hintergrund der Klimaschutzambitionen der Stadt für sinnvoll. Er wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Wernthaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich den folgenden Beschluss:

Dem Abschluss des Kooperationsvertrages „ARGE Fernwärme Lörrach“ wird zugestimmt.

TOP 13

Straßenbau Erschließung Belist in Lörrach-Haagen;

Genehmigung der Entwurfsplanung und Kostenberechnung

Vorlage: 148/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Entwurfsplanung und Kostenberechnung in Höhe von 1.800.000 € wird zugestimmt.
2. Der Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Ausschreibung wird zugestimmt.

TOP 14

Baugebiet Belist - Kanalisation - Entwurfsplanung und Kostenberechnung

Vorlage: 125/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Das Gremium stimmt der Entwurfsplanung und der Kostenberechnung zu.

TOP 15

Betrauungsakt für den Zweckverband Breitbandversorgung Landkreis Lörrach

Vorlage: 144/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Betrauung des Zweckverbands Breitbandversorgung Landkreis Lörrach mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im Wege des als Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügten Betrauungsakts.
2. Der (Ober-) Bürgermeister wird ermächtigt, der Umsetzung dieses Betrauungsakts auch in der Verbandsversammlung des Zweckverbands zuzustimmen.
3. Der (Ober-) Bürgermeister wird ermächtigt, in der Verbandsversammlung des Zweckverbands einer Festlegung über die Höhe der von den Zweckverbandsmitgliedern zugunsten des Zweckverbands Breitbandversorgung Landkreis Lörrach zu leistenden Zuschüsse zuzustimmen.

TOP 16

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Keine.

TOP 17

Allgemeine Anfragen

Hebelpark / Bank Hebelpark / Friedhofsentwicklungsplanung / Kulturentwicklungsplanung

Stadträtin Höfler wolle wissen, wann der Hebelpark fertiggestellt werde und gibt an, dass die Fraktion der CDU schon vor einiger Zeit angekündigt habe, eine Bank für den Park spenden zu wollen. Leider sei die Verwaltung bezüglich der Bank noch nicht auf die Fraktion zugekommen. Des Weiteren wolle sie wissen, wann den Gremien die entsprechenden Vorlagen zur Friedhofs- und zur Kulturentwicklungsplanung vorgelegt werden.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass der Hebelpark bald fertiggestellt ein werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Kulturentwicklungsplanung im kommenden Jahr vorgelegt werden solle.

Kundenbefragung Baurecht

Stadtrat Lindemer wolle wissen, wann die Ergebnisse der Kundenbefragung im Fachbereich Baurecht dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Der Vorsitzende geht hierauf ein.

TOP 18

Fragestunde der Bürger

Bürgerbeteiligung in Lörrach

Der Bürger Herr Feger stellt eine Bürgeranfrage zum Thema Bürgerbeteiligung gemäß §§ 20 ff. der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg.

TOP 19

Offenlegungen

TOP 19.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am Donnerstag, 29. September 2016

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: